

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB  
zum Gedenken an den 17.  
Juni 1953: Vordringlich ist  
nicht die Wiedervereinigung.  
Seite 1

Freimut Düve MdB zum  
Ausgang der Wahlen in  
Frankreich: Präsidenten-  
mehrheit ist keine Partei-  
mehrheit.  
Seite 3

Rose Götte MdB zur Dis-  
kussion um die Steuerre-  
form: Kindergeld für alle,  
Schüler-Zuschlag für Ein-  
kommenschwache.  
Seite 4

Reinhold Kopp zur Erhö-  
hung der Rundfunkgebühren:  
Schmalkost für die öffent-  
lich-rechtlichen Anstalten.  
Seite 6

43. Jahrgang / 110

13. Juni 1988

Vordringlich ist nicht die Wiedervereinigung

Gedenken an den 17. Juni erfordert aktuelle Antworten

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Der 17. Juni 1953 hat Zeichen gesetzt, die wir uns mit gutem Grund Jahr für Jahr erneut vor Augen führen. Die Auflehnung gegen das Unrecht und die Bekundung des Freiheitswillens dürfen nicht vergessen werden, solange Unrecht und Unfreiheit fortbestehen.

Wir erinnern uns aber auch daran, daß der Aufstand fehlgeschlagen ist und viele Opfer gefordert hat. Besonders bitter für die Betroffenen war, daß niemand ihnen half. Beistandserklärungen und ermutigende Appelle hatte es überreichlich gegeben. Sie blieben bloße Worte. Die Machtverhältnisse waren anders.

Auch mit der in den 50er und 60er Jahren als vordringliches Ziel bundesdeutscher Politik bezeichneten Wiedervereinigung wurde es nichts. Adenauer 1950 auf dem ersten Parteitag der CDU: „Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist unser großes Ziel, das wir niemals aus den Augen lassen und das wir - davon bin ich fest überzeugt - auch erreichen werden. Unseren deutschen Brüdern und Schwestern in der Ostzone rufe ich hier von Goslar aus zu: Harret aus und hofft auf uns! Wir werden wieder zusammenkommen. Nichts kann uns abhalten, dieses Ziel zu verfolgen.“

Tatsächlich wurde damals auch durch die Politik der Bundesregierung die Wiedervereinigung unmöglich gemacht. Die Abtrennung wurde nicht milder, sondern schärfer. Das mußte so sein bei einer Politik, die einseitig auf die Westintegration der Bundesrepublik gerichtet war und das Risiko einer deutschen Einheit nicht in Kauf nehmen wollte. Was nicht sein mußte, war der Widerspruch zwischen Handeln und Reden. Man mußte den Menschen nicht die Wiedervereinigung als vordringliches und erreichbares Ziel vorgaukeln, während sie gleichzeitig in immer weitere Ferne rückte.

Wer aus diesen Erfahrungen gelernt hat, dürfte heute eigentlich nicht in den Sprachgebrauch der 50er Jahre zurückfallen. Er

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH  
Heussalleen 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany  
with recycled paper  
Recycling-Paper



dürfte nicht erneut Ankündigungen aussprechen, die jeden Gutgläubigen nur täuschen und in die Irre führen können. Weder für die im Bundestag vertretenen Parteien noch für die Bundesregierung ist die Wiedervereinigung gegenwärtig ein vordringliches Ziel. Ob und wann sie kommt, liegt in ferner Zukunft. Heute ist anderes wichtiger.

Vor allem die Verbesserung der Verhältnisse, in denen die Deutschen in der DDR leben. Unrecht und Unfreiheit, gegen die sich die Empörung 1953 richtete, gibt es dort immer noch. Vieles aber konnte mit der 1970 begonnenen und bis heute fortgesetzten neuen Deutschlandpolitik zum Positiven gewendet werden. Nicht mit lautstarken Anklagen, nicht durch das Einfordern von Rechtstiteln wurde das erreicht. Nur eine Politik der Verträge und der Zusammenarbeit, der Entspannung und Verständigung konnte Vertrauen wachsen lassen und den Menschen in der DDR einen Zuwachs an Rechten und Freiheiten wie an materiellen Gütern bringen.

Diese Politik, die so viele Erfolge gebracht hat, muß umsichtig und entschlossen fortgesetzt werden. Nur sie kann auch jetzt weiterhelfen, nachdem die schweren Mängel des DDR-Systems im letzten halben Jahr zu krisenhaften Entwicklungen geführt haben.

Grundlage der Deutschlandpolitik ist unverändert die Zusammengehörigkeit der Deutschen in einer fortbestehenden Nation, die uns in der Bundesrepublik Verantwortung auch für das Ergehen der Menschen in der DDR auferlegt. Gewiß können wir die fatalen Folgen der dort begangenen politischen Fehler nicht abwenden. Zugangssperren oder -erschwernisse für Deutsche, die zu uns kommen wollen, gibt es bei uns nicht und es wird sie auch nicht geben. Aber die bloße Zuschauerrolle, aus der wir teilnahmsvoll die Entwicklung beobachten, wird unserer Verantwortung nicht gerecht. Denn mehr als nichts können wir zur Lösung der Probleme sehr wohl beitragen. Vor allem, indem wir unsere Zuwendung denjenigen gegenüber verstärken, die in der DDR bleiben und nicht ausreisen wollen.

Ist alles getan, um sie spüren zu lassen, daß sie uns wichtig sind, daß wir uns mit ihnen verbunden fühlen? Die vom Westen aus bestehenden Reismöglichkeiten in die DDR und die Chancen, die Menschen dort durch Kontakte verschiedener Art zu ermutigen und zu stabilisieren, werden bei weitem nicht ausgeschöpft. Den Besuchern aus der DDR bei uns, die in immer größerer Zahl kommen dürfen, werden durchaus noch nicht alle Hilfen angeboten, um ihnen den Aufenthalt zu erleichtern. So sehr die Aufnahme- und Opferbereitschaft vieler bundesdeutscher Gastgeber zu rühmen ist, - es gibt auch Fälle, in denen zur großen Enttäuschung des DDR-Bürgers die Einladung aus dem Westen ausbleibt.

Das alles soll keine Alternative zu einer Politik des Forderns und Drängens auf gerechte und menschliche Verhältnisse hin sein. Daß Mauer und Sperrgrenze Monstrositäten sind, daß politische Strafjustiz zur Unterdrückung unbequemer Kritiker Unrecht ist, daß Unfreiheit und Bevormundung keinen Bestand haben dürfen, das mag man laut oder leise sagen. Aber daß wir solche skandalösen Mängel klar sehen und nicht hinnehmen, muß weiterhin deutlich gemacht werden. Zugleich gilt es, unsere Anstrengungen im materiellen wie im ideellen Bereich zu verstärken, um die Lebensverhältnisse für die DDR-Bürger verbessern zu helfen. An einer Verschärfung der dort bestehenden Konflikte sind wir nicht interessiert vor einer auch nur entfernt ähnlichen Neuauflage der Ereignisse des 17. Juni 1953 könnte uns nur grausen. Also sollten wir bis an die Grenze des uns Möglichen gehen, um den Druck lösen zu helfen, um Rückschläge einer bisher in der Tendenz positiven Entwicklung zu vermeiden.

Nachdenken über solche Hilfen und praktische Schritte sind gefragt, für Politiker wie für die einzelnen Bürger. Das ist vordringlich. Eine Wiedervereinigungsdiskussion ist es nicht.

(-/13.6.1988/rs/ks)

**Präsidentenmehrheit ist keine Parteimehrheit**

**Zum Ausgang der Wahlen in Frankreich**

**Von Freimut Duve MdB**

**Vorsitzender der Arbeitsgruppe Frankreich der SPD-Bundestagsfraktion**

Die französischen Wähler haben unserer Schwesterpartei, den Sozialisten, die erwartete Unterstützung für die Politik der nächsten Legislaturperiode versagt. Was sich schon im ersten Wahlgang andeutete: Daß viele Wähler sehr geteilter Meinung waren über das große Vorhaben einer Überwindung der alten Blöcke, hat sich nun bestätigt. In der letzten Woche - vor dem zweiten Wahlgang - haben sich die alten Konstellationen von vor sieben Jahren wieder sehr gefestigt: Hier die Linken, dort die Rechten.

Viele Wähler der traditionellen Linken waren den Sozialisten gegenüber mißtrauisch geworden und haben das Erstaunliche vollzogen: Die Kommunisten bei ihrer Talfahrt zu stoppen, ja zu stabilisieren.

Ein für Europa wichtiges Teilergebnis ist die Niederlage von Le Pen. Es wird eines der großen Verdienste Francois Mitterrands und der Sozialistischen Partei bleiben, daß sie das bedrohliche Anwachsen der Le Pen-Stimmen gestoppt haben.

Sozialdemokraten haben ja langjährige Erfahrungen mit „sozial-liberalen“ Koalitionen. Alier Vorsicht nach wird Michel Rocard sich gezwungen sehen, eine solche Koalition nunmehr anzustreben: Giscard und Raymond Barre sind die beiden möglichen und wichtigen Partner. Für eine solche Koalition haben Mitterrand und Rocard den Weg geebnet.

Wir Sozialdemokraten hoffen, daß wir mit der neuen französischen Regierung und einem trotz allem gestärkten französischen Staatspräsidenten gemeinsam die großen in Europa vor uns liegenden Aufgaben lösen können:

- die Festigung und Weiterentwicklung des europäischen Sozialstaats
- den gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit
- eine länderübergreifende Umweltpolitik, die sich als Industrie- und technologische Innovationspolitik versteht
- eine ganz auf ganz Europa zielende Kulturpolitik
- eine gemeinsame Plattform für die positiven Herausforderungen, die Osteuropa unter der Führung von Gorbatschow zur Zeit für Westeuropa darstellt.

Es wird sehr stark darauf ankommen, ob sich auch in Frankreich eine andere Haltung zur notwendigen weltweiten, auch atomaren Abrüstung entwickelt. Die Anzeichen dafür stehen so günstig wie nie zuvor.

Wir Sozialdemokraten wünschen dem Ministerpräsidenten Rocard einen guten Start für eine schwierige Aufgabe.

(-/13.6.1988/rs/ks)

Höheres Kindergeld für alle, Schüler-Zuschlag für Einkommensschwache

Eine Forderung an die Protagonisten der Steuerreform

Von Rose Götte MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Die Diskussion um die Steuerreform könnte auch eine positive Seite haben, wenn sich die Mehrheit des Bundestages bereit fände, endlich eine Reform des undurchsichtigen und ungerechten Familienlastenausgleichs voranzubringen. Statt der ungerechten Steuerfreibeträge, die Kinder der Besserverdienenden gegenüber den anderen bevorzugt, will die SPD ein gleiches Kindergeld für alle: 140 DM fürs erste Kind, 200 DM fürs zweite Kind, 300 DM fürs dritte und jedes weitere Kind. Einkommensschwache Familien sollen darüber hinaus für ihre noch in der Ausbildung stehenden Kinder einen Schülerzuschlag erhalten, der Schülern des Berufsgrundschuljahres, der Berufsfachschulen und der Schüler der Sekundarstufe 2 zugute kommen soll.

Zur Zeit sind die Kinder dem Staat unterschiedlich viel wert. Wer viel verdient, bekommt zwar nur ein reduziertes Kindergeld (50 DM fürs erste, 70 DM fürs zweite, 140 DM fürs dritte und jedes weitere Kind), dafür aber einen höheren Steuerfreibetrag und steht sich deshalb bedeutend besser als ein Kleinverdiener mit Kindern.

Eltern mit mittlerem und kleinem Einkommen bekommen zwar ein höheres Kindergeld (50 DM fürs erste, 100 DM fürs zweite, 220 DM fürs dritte, 240 DM fürs vierte und jedes weitere Kind), aber nur einen geringen Steuerfreibetrag.

Wer überhaupt keinen Steuerfreibetrag geltend machen kann, bekommt zum Kindergeld einen Kindergeldzuschlag von bis zu 46 DM im Monat.

Wer Sozialhilfe bekommt, bekommt sowohl diesen Kindergeldzuschlag als auch das Kindergeld voll auf die Sozialhilfe angerechnet.

Am schlechtesten werden bei uns Ausländer behandelt, deren Kinder im Heimatland außerhalb des EG-Bereiches wohnen: Sie bekommen ganze 10 DM fürs erste, 25 DM fürs zweite, 60 DM fürs dritte und vierte Kind und werden steuerlich so behandelt, als hätten sie gar keine Kinder!

Kein Mensch blickt mehr durch, was er eigentlich vom Staat als Finanzhilfe bekommt oder erwarten kann. Da gibt es das Kindergeld und den Kindergeldzuschlag, der vom Arbeitsamt berechnet und verwaltet wird (Verwaltungskosten allein für diesen Bereich: 340 Millionen im Jahr 1987).

Da gibt es die steuerlichen Kinderfreibeträge und die Ausbildungsfreibeträge, für die das Finanzamt zuständig ist.

Für das Erziehungsgeld ist in fast jedem Bundesland ein anderes Amt zuständig: mal sind es die Jugendämter, mal die Versorgungsämter oder die Landeskreditbank, mal das Arbeitsamt. Für Ausbildungshilfen gibt es die Bafög-Ämter. Für alle diese Staatsleistungen gelten besondere Berechnungsmodalitäten und unterschiedliche Einkommensgrenzen, so daß für jede Leistung ein eigener Antrag ausgefüllt werden muß. Der Verwaltungsaufwand ist enorm und oft schlicht unsinnig. Dazu ein Beispiel: Wer beim Sozialamt Sozialhilfe beantragt und Kinder hat, muß zunächst zum Arbeitsamt gehen, um dort den Kindergeldzuschlag zu beantragen. Sobald dieser Antrag bewilligt wird, wird der bewilligte Betrag dann auf Heller und Pfennig wieder von der Sozialhilfe abgezogen. Solch bürokratischer Aufwand trägt nicht gerade zum Abbau der Staatsverdrossenheit bei.

Eine der ersten Aktionen der CDU/CSU/FDP-Regierung nach der Wende war die weitgehende Abschaffung des Schüler-Bafögs. Eltern mit kleinem Einkommen ist es seitdem nur noch unter großen Opfern oder überhaupt nicht mehr möglich, ihr Kind auf die Oberstufe des Gymnasiums zu schicken oder es eine Fachschule (zum Beispiel für Erzieherinnen oder Krankengymnasten) besuchen zu lassen.

Die SPD will als Ersatz für das gestrichene Schüler-Bafög einen Schülerzuschlag einführen, der einkommensschwachen Familien für Schüler des Berufsgrundschuljahres und der 10. Klasse einer Berufsfachschule monatlich DM 150 zugesteht, allen anderen Schülern der 11. Jahrgangsstufe DM 200 monatlich, ab Klasse 12 DM 250 monatlich. Dieses Geld soll unbürokratisch als Zuschlag zum Kindergeld ausbezahlt werden.

Außerdem soll die Ausbildungsvergütungsgrenze im Bundeskindergeldgesetz von jetzt DM 749 auf DM 949 angehoben und somit den tatsächlichen Ausbildungsvergütungen angepaßt werden.

Junge Erwachsene, die arbeitslos sind und von ihren Eltern unterhalten werden müssen, sollen bis zum 23. Lebensjahr Anspruch nach dem Bundeskindergeldgesetz haben.

Die von der SPD geförderte Erhöhung des Kindergeldes wird finanzierbar durch den Wegfall der steuerlichen Kinderfreibeträge. Für die Finanzierung des Schülerzuschlages und die Einbeziehung arbeitsloser junger Erwachsener in die Anspruchsvoraussetzungen des Kindergeldgesetzes sowie für die Anhebung der Ausbildungsvergütung schlägt die SPD eine Finanzierung aus dem Ehegattensplitting vor.

Zur Zeit wird die Tatsache, daß jemand eine Ehe führt, vom Staat mehr begünstigt als die Tatsache, daß er Kinder hat. Durch das Ehegattensplitting verzichtet der Staat jährlich auf 35 Milliarden DM, während Kindergeld und Kinderfreibeträge zusammen nur 23 Milliarden DM ergeben. Da das Ehegattensplitting unabhängig davon wirkt, ob die Familie Kinder hat oder nicht, schlägt die SPD vor, den Splittingvorteil beim Ehegattensplitting auf 10.000 DM zu begrenzen und mit den dadurch eingesparten Mitteln die oben aufgeführten Änderungen zugunsten der Kinder zu finanzieren.

All dies wäre sofort möglich. Es fehlt nur am guten Willen der CDU/CSU/FDP, wirklich etwas für einkommensschwächere Familien zu tun.

(-/13.6.1988/rs/ks)

\* \* \*

Schmalkost für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Zur Erhöhung der Gebühren

Von Reinhold Kopp  
Staatssekretär  
Chef der Staatskanzlei des Saarlandes

Nach 5 1/2 Jahren soll es gemäß Beschluß der Ministerpräsidenten vom 9. Juni 1988 zum 1. Januar 1989 eine Erhöhung der Rundfunkgebühren geben, zunächst 2 DM, ab dem 1. Januar 1991 an 2,20 DM. Es ist eine unbefriedigende Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, da ein Teil der unionsregierten Länder mit der Totalverweigerung gedroht hat.

Der Medienstaatsvertrag vom 3. April 1987 hat seine erste Bewährungsprobe nur mit „Hängen und Würgen“ bestanden: Ohne einen Kompromiß wären der Zwei-Prozent-Zuschlag für die Landesmedienanstalten, die Werberegulungen, ja die einheitliche Gebühr in Frage gestellt worden!

Auf der Strecke werden notwendige Programminnovationen bei ARD und ZDF bleiben, vor allem deutsche und europäische Auftragsproduktionen. Die deutschen Film- und Fernsehproduzenten sehen bislang intakte Produktionsstrukturen zumeist mittelständischer Firmen gefährdet.

Die Union hat dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine angemessene Erhöhung der Rundfunkgebühren mit Blick auf die private Konkurrenz vorenthalten. Sie schädigt aber zugleich die privaten Fernsehveranstalter, die in den 90er Jahren auf eine leistungsfähige und vielschichtige Produktionslandschaft angewiesen sind.

ARD und ZDF werden auf den amerikanischen Supermarkt ausweichen und damit die Bedingungen für einen wachsenden Unterhaltungssektor in der Gruppe der Vielseher verbessern. Kultur, Information und Bildung, etwa der deutsch-französische Kulturkanal werden es noch schwerer haben.

Die Aufstockung des Finanzausgleichstopfs für die drei nehmenden Anstalten SFB, SR und RB auf zunächst 193, später 221,5 Millionen DM verhindert zwar den drohenden „Kollaps“, nimmt aber nicht ausreichend Rücksicht auf deren Programmleistungen und Kostenstrukturen. Sie ist zudem erkauft auf Kosten des ZDF und berücksichtigt noch nicht den verständlichen Wunsch des WDR nach dem Einstieg in eine strukturelle Entlastung. Vor den Intendanten steht eine schwierige Einigungsrunde bis zum 1. Juli 1988, die jedoch im Interesse der Solidarität aller ARD-Anstalten positiv ausgehen sollte.

Die Erhöhung der Rundfunkgebühren bleibt weit hinter den Lebenshaltungskosten, den Bruttomonatsverdiensten, der Steigung der Tageszeitungspreise oder gar der beabsichtigten Erhöhung der Kabelanschlußgebühren zurück.

Eine politische Zwangsjacke aus leicht durchschaubaren Gründen!

(-/13.6.1988/rs/ks)

\* \* \*